



Das große Fest der innerparteilichen Demokratie

Das große Experiment ist geglückt. Das Thema hatte seit Tagen die öffentliche Debatte in der Republik beherrscht. Angela Merkel, und sogar der große Vorsitzende der Seehofer-Partei, alle stellten sich brav hinten an. Auch dem Bayerischen Rundfunk war die Sache eine Livestream-Schaltung zum Ort der Verkündung der Botschaft wert: Die SPD-Parteibasis hatte entschieden – aber wie!

Man konnte fast meinen, die Zukunft des Abendlandes steht auf dem Spiel. Denn die versammelte Hauptstadtpresse wartete gespannt. Zuerst kamen die 400 Auszähl-Helferinnen und -Helfer unter Applaus in die Halle eingezogen. Dann, kurz vor 15.00 Uhr, war es soweit: ein sichtlich gewachsener Vorsitzender traf in Begleitung der Parteispitze in Höhe der drei Rednerpulte ein und war nach seiner dreiminütigen ersten Danksagung in der Beschreibung seines Gemütszustandes nicht mehr zu bremsen: „Wir sind nicht nur die älteste, wir sind auch die modernste Partei in Deutschland, wir sind **die** Beteiligungspartei ... Ich war lange nicht mehr so stolz Sozialdemokrat zu sein, wie in diesen Wochen und Monaten“. [\(Link zum Artikel mit Audio-Mitschnitt der Pressekonferenz auf SPD.de\)](#)

Dann bezeichnete Sigmar Gabriel, auf die bekannte Vision anspielend aus Willy Brandts erster Regierungserklärung im Jahr 1969 „Wir wollen mehr Demokratie wagen“, das Ergebnis als das schönste Geburtstagsgeschenk für die SPD zum 150sten und für Willy Brandt zum 100sten.

Das Ergebnis steht:	474.820 stimmberechtigte Mitglieder	
	369.680 abgegebene Stimmen	= 77,86% Beteiligung
davon waren	31.800 ungültig (Eidesstattliche Versicherung fehlte oder anderes)	
	337.880 ausgezählte Stimmen, davon nochmals 316 ungültig	
davon waren	256.643 Ja-Stimmen	= 75,96% und
	80.921 Nein-Stimmen	= 23,95%

Der Bekanntgabe des Stimmergebnisses durch die Vorsitzende der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, Barbara Hendricks, folgte aber das Wichtigste in Gabriels Rede, die Integration der mit nein Stimmenden. „Auch die dagegen gestimmt haben, sind genauso gute und engagierte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wie die, die mit ja gestimmt haben“. Ihnen galt sein ausdrücklicher Dank für die Beteiligung mit dem Versprechen, ihre Meinung werde ernst genommen. Denn gemeinsam bilde man die deutsche SPD. Als Zukunftsaufgabe der nächsten vier Jahre bezeichnete er, die 24% davon zu überzeugen dass die 76% Recht hatten. Das Instrument der Regionalkonferenzen soll künftig in allen wichtigen Fragen genutzt werden, um den Diskussionsfaden zur aktiven und kritisch begleitenden Basis nicht abreißen zu lassen.

Andrea Nahles bemerkte abschließend, während des Prozesses der Verhandlungen und Meinungsbildung sind rund 3.000 neue Mitglieder in die SPD eingetreten. Sie bat alle, die eingetreten sind, um mit nein zu stimmen, trotz des Ergebnisses dabei zu bleiben, „denn die nächste Mitgliederabstimmung kommt bestimmt“.



Kommentierendes Fazit der Mitgliederabstimmung und Regierungsbeteiligung: Der Prozess und sein Ergebnis setzen Maßstäbe – nicht nur für die SPD. Von der Qualität der Umsetzung sozialdemokratischer Positionen in Gesetzgebung und Regierungshandeln sowie dem Einlösen des Versprechens nach mehr Basisbeteiligung wird nicht nur die Integration derer abhängen, die aus persönlichen Überzeugungen diesmal mit nein gestimmt haben, sondern die Existenzberechtigung der SPD als Volkspartei überhaupt.

Die hohe Beteiligung von rund 78% übertraf sogar die respektablen 61,73% Beteiligung bei der Wahl der grünen Spitzenkandidaten im vergangenen Jahr deutlich. Man darf gespannt sein, wie die Parteispitze mit dieser Verantwortung und ihren Zusagen umgeht.

Denn jetzt war sie wieder sichtbar, die alte Partei der Freiheit des Geistes, die Programm- und Diskussionspartei, in der ausreichend Raum für unterschiedliche Auffassungen und solidarische Streitkultur ist. Sigmar Gabriel ist es gelungen, aus einem mageren Bundestagswahlergebnis heraus, sein eigenes Profil und das der SPD zu schärfen, sich deutlich abzuheben von den politischen Mitbewerbern. Jedenfalls besser, als dies während des Bundestagswahlkampfes gelang. Und eben jetzt für einige Zeit die politische Diskussion zu beherrschen. Ob sich seine kleine Hoffnung erfüllt, dass die versammelte Hauptstadtbesetzer nach diesem denkwürdigen Tag über die SPD vielleicht ein bisschen anders denkt und schreibt, bleibt abzuwarten.

Die Koalitionsverhandlungen haben gezeigt, dass viele Konfliktlinien deutlicher zwischen SPD und CSU verlaufen. Die von Merkel weichgespülte CDU verharrte als Kanzlerinnen-Wahlverein phasenweise ganz einer Statistenrolle. Hier rächte sich für die Union die weitgehende programmatische Leere des bloßen „Weiter so“. Wieder einmal erwiesen hat sich jedoch auch, dass die Übereinstimmungen zwischen SPD und CSU, insbesondere in der Sozialpolitik, oft größer sind als zwischen SPD und CDU. Keine neue Erkenntnis, denn das war bereits in der ersten Großen Koalition von 1966 bis 1969 der Fall.

Albrecht Diller
SPD Bad Berneck